

Agrarminister fordern mehr Geld für Tierschutz

Der niedersächsische Landwirtschaftsminister will Bauern belohnen, die in Weideflächen und bessere Ställe investieren.

VON MARTIN KESSLER

HANNOVER Der niedersächsische Landwirtschaftsminister und Vorsitzende der Agrarministerkonferenz, Christian Meyer (Grüne), schlägt ein neues Konzept zum Ende der Massentierhaltung vor. Danach sollen ein Milliarde Euro aus den EU-Agrarhilfen für Deutschland künftig in den Tierschutz fließen. Meyer, der nach eigenen Angaben auch auf die Unterstützung der sieben grünen Land-

wirtschaftsminister der Länder zählen kann, will danach einen Teil der Agrarhilfen nur dann an die Bauern geben, wenn sie in tierfreundlichere Ställe und andere Tierschutzmaßnahmen investieren. „Die Tierhalter kommen bislang bei den Öko-Hilfen in der Landwirtschaft gar nicht vor. Sie haben aber derzeit den höchsten gesellschaftlichen Anpassungsdruck, ihre Tierhaltung zu verändern.“

Das neue Programm der grünen Agrarminister sieht laut Meyer Wei-

deprämien für Kühe, Schafe und Ziegen vor. Die Landwirte sollen zudem gegen die Zahlung einer Entschädigung auf das Kappen der Ringelschwänze bei Schweinen oder der Schnäbel bei Federvieh verzichten. Wer in tierfreundlichere Ställe investiere, solle bis zu 40 Prozent der Aufwendungen als Fördermittel erhalten.

Meyer will zudem eine Milliarde Euro als Hilfen für kleine und mittlere Betriebe umwidmen. Bislang erhalten diese Höfe nur 6,5 Prozent

aus den Ausgleichsmitteln. Dieser Anteil solle auf 30 Prozent ansteigen. Eine weitere Milliarde soll in eine bessere Tierhaltung fließen. Das Land Niedersachsen hat bislang 28 Millionen Euro für solche Zwecke aus dem Landesetat eingestellt. „Das reicht aber nicht für einen Systemwechsel weg von der Massentierhaltung aus“, sagte der Minister.

Insgesamt zahlt die EU 6,3 Milliarden Euro an Agrarhilfen an deutsche Bauern. Davon werden drei

Viertel nach der Größe der Landwirtschaftsfläche ausgezahlt, ein Viertel für ökologische Projekte.

Meyer gibt zu, dass eine Umverteilung der EU-Agrarmittel nicht zum Nulltarif zu haben ist. „Die Großbetriebe aus Ostdeutschland erhalten dann weniger.“ Meyer drängt auch auf bundeseinheitliche Regeln und Prämien. So zeichne sich im Bundesrat eine Mehrheit ab, Mittel für eine nachhaltigere Tierhaltung auf einheitlicher Basis bereitzustellen.

29.3.2017